



Niederschrift Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.05.2004
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella		
Frau Dr. Müller, Sigrid	PDS	
Frau Schulze, Jana	PDS	Vertretung für Herrn Schöder
Frau Keilholz, Monika	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend bis TOP 5 (18:00 Uhr)
Herr Näder, Volkmar	CDU	anwesend bis TOP 8 (19:25 Uhr)
Herr Harder, Dirk		
Herr Dr. Henrich, Lutz		
Herr Lehmann, Carsten		
Frau Lehmann, Sigrid		Vertretung für Frau Basekow
Herr Liebe, Thomas		
Frau Müller, Stephanie		Vertretung für Frau Eiserbeck
Frau Parthum, Ute		
Herr Wendt, Jan	Die Andere	
Herr Wernick-Otto, Frank		
Frau Müller, Elona, Beigeordnete		
Herr Schweers, Norbert		

Nicht anwesend sind:

Frau Basekow, Angela	entschuldigt
Frau Eiserbeck, Edeltraud	entschuldigt
Herr Schöder, Jura	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 18.03.2004
- 1.4 Bestätigung des Protokolls vom 28.04.2004
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes

- 3 Konzept zur Suchtprävention und Suchthilfe der Stadt Potsdam
Vorlage: 04/SVV/0188
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 4 Beirat für Suchtprävention/Suchtberatung
Vorlage: 04/SVV/0357
Fraktion PDS
- 5 Vorschlagslisten zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Amtsgericht Potsdam und dem Landgericht Potsdam
Vorlage: 04/SVV/0407
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 6 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes an eine bedarfsgerechte Versorgung für den Zeitraum August 2004 bis Ende des Haushaltsjahres 2005
Vorlage: 04/SVV/0365
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 7 Neubau einer Kindertagesstätte
Vorlage: 04/SVV/0282
Fraktion SPD
- 8 Änderung der Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe - KITA Richtlinie in Abänderung der Drucksache SVV 02/0374 vom 06.11.2002
Vorlage: 04/SVV/0366
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9 Konzeption Stadtjugendring Potsdam e.V.
Vorlage: 04/SVV/0408
Oberbürgermeister, Jugendamt
- 10 Schulsozialarbeiter für die Sportschule Potsdam
Vorlage: 04/SVV/0312
Stadtverordneter Utting, Fraktion FAMILIEN-PARTEI
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Keilholz.

Zu Beginn der Sitzung sind 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Keilholz informiert, dass der TOP 10 entfällt, da die Drucksache 04/SVV/0312 vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Herr Wendt bittet um Aufnahme eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes, da er Anmerkungen zum nichtöffentlichen Protokoll der Sitzung vom 18.03.2004 hat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 18.03.2004

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 1.4 Bestätigung des Protokolls vom 28.04.2004

Herr Liebe bittet darum, nachvollziehbar darzustellen, warum Frau Stephanie Müller zusätzlich in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung aufgenommen wurde.

Frau Stephanie Müller wurde als ständiger Gast in den Unterausschuss aufgenommen, weil sie als neues Mitglied des JHA und Vertreterin für Herrn Näder an den Belangen der Jugendhilfeplanung sowie der Partizipation stark interessiert ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen des Jugendamtes

Klausur Jugendhilfeausschuss – Jugendamt

Herr Schweers berichtet kurz über die gemeinsame Klausur am 07. und 08. Mai 2004. Das Protokoll wird allen JHA-Mitgliedern mit den Unterlagen zur nächsten Sitzung zugesandt.

Abenteuerspielplatz „Blauer Daumen“

Herr Schweers informiert, dass am 29.04.2004 die Bekanntmachung zur Abgabe einer Interessenbekundung zur Übernahme des Abenteuerspielplatzes am 29.04.2004 im Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam und in der MAZ erfolgt ist. Der Termin für die Abgabe der Interessenbekundung ist der 14.05.2004. Bisher liegen zwei Bereitschaftserklärungen vor.

Die Konzepte werden durch eine Arbeitsgruppe geprüft, zu der mindestens ein Mitglied des JHA gehören sollte.

Ziel ist es, dem JHA am 17.06.2004 einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen.

Frau Dr. Sigrid Müller und Frau Stephanie Müller erklären sich bereit, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken.

Brandschau in Kitas

Herr Schweers informiert, dass die Brandschau in den Kitas noch nicht abgeschlossen ist. Es erfolgt voraussichtlich im nächsten JHA ein Bericht dazu.

Anträge freier Träger auf Übernahme kommunaler Kitas

Herr Schweers berichtet, dass die Bekanntmachung über die Bereitschaft der Stadt Potsdam zur Überleitung von fünf kommunalen an freie Träger am 18.03.2004 im JHA, zeitgleich in der Kleinen Liga sowie an die Trägerkonferenz freier Träger von Kitas erfolgte. Die Entgegennahme von Anträgen war bis zum 30.04.2004 befristet.

Bis heute sind für alle fünf Einrichtungen 21 Anträge von insgesamt sieben Trägern eingegangen.

Einrichtungen und Verwaltung führen ab Juni 2004 Gespräche mit den Trägern unter Einbeziehung des Personalrates und der Elternvertretung.

Die Verwaltung plant die ersten Beschlussvorlagen zum September 2004.

Haushaltsdebatte in der StVV

Frau Keilholz berichtet, dass nicht alle Anträge des Jugendhilfeausschusses in der StVV eine Mehrheit bekommen haben

Es wurde behauptet, dass es bei Kita-Sanierungen Ausgabereste geben soll.

Dies sollte von der Verwaltung geprüft und im nächsten JHA berichtet werden.

Der OBM hat versichert, dass keine Kita aufgrund von Brandschutzmängeln geschlossen werden muss.

Sie informiert, dass der Antrag zu den SAM-Stellen in einen Prüfauftrag umgewandelt wurde.

Laut HSK müssen 250.000 Euro in der freien Jugendarbeit ab 2005 eingespart werden.

Schulsozialarbeit

Herr Schweers informiert, dass im Jugendamt keine Mittel zur Verfügung stehen. Das Staatliche Schulamt wurde angeschrieben. Ein Votum des Schulamtes zu den zusätzlichen Anträgen bis zum 19.05.2004 wurde zugesagt.

Herr Harder bittet um Nennung konkreter Zahlen.

Herr Schweers weist darauf hin, dass der Haushalt für 2005 noch nicht aufgestellt ist. Daher können noch keine Zahlen genannt werden.

Herr Harder bittet um Tischvorlage zur nächsten Sitzung des JHA.

Frau Drohla fragt, ob schon Anträge von Schulen eingegangen sind.

Herr Schweers erklärt, dass im Jugendamt bereits Anträge eingegangen sind. Zu den zusätzlichen Anträgen fehlt aber noch das Votum des Staatlichen Schulamtes.

Frau Dr. Sigrid Müller macht darauf aufmerksam, dass die Haushaltsanträge des JHA im Finanzausschuss keine Rolle gespielt haben.

Herr Becker erklärt, dass für die drei Stellen Schulsozialarbeit beim Jugendamt bzw. Bereich Schule insgesamt fünf Anträge der Schulen 18, 20, 21/31, 40 und

55 vorliegen. Außer für den Antrag der Weidenhof-Grundschule (40) liegt seitens des Regionalschulamtes jedoch kein Votum bzw. keine Prioritätenliste vor. Bei Vorlage derselben wird sich die Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit am 28.05.2004 hierzu verständigen und dem Jugendhilfeausschuss am 17.06.2004 eine entsprechende Empfehlung geben.

Herr Stahlberg (§ 13 e.V.) betont, dass allen Stelleninhabern von SAM-Stellen am 15.06.2004 die ordentliche Kündigung ausgesprochen werden muss.

Herr Näder spricht sich dafür aus, dies nochmals in der StVV zu thematisieren.

Frau Dr. Sigrid Müller weist darauf hin, dass es hier einen Prüfauftrag gibt.

Frau Keilholz schlägt vor, ein Gespräch mit der Familienpartei zur DS 04/SVV/0312 zu führen, um diese ggf. umzuformulieren. Sie regt an, den OBM in einem Brief zu beauftragen, in der StVV am 02.06.2004 über das Ergebnis des Prüfauftrages zu berichten. Das Prüfergebnis sollte dann mit den Unterlagen zur StVV ausgereicht werden.

Qualitäts-, Entgelt- und Leistungskommission

Frau Keilholz bittet um Bereitschaftserklärung durch JHA-Mitglieder als stellvertretendes Mitglied in der QEL-Kommission zur Verfügung zu stehen. Sie weist darauf hin, dass die QEL-Kommission ca. dreimal jährlich tagt.

Herr Wendt und Herr Näder erklären sich bereit, als stellvertretendes Mitglied in der QEL-Kommission mitzuarbeiten.

Es erfolgt offene Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15
Ablehnung: 0

zu 3 Konzept zur Suchtprävention und Suchthilfe der Stadt Potsdam Vorlage: 04/SVV/0188

Frau Ukrow gibt Erläuterungen zum Konzept. Sie weist darauf hin, dass dies ein Konzept der Verwaltung, nicht der Stadt insgesamt ist. Sie macht deutlich, dass umfassende Recherchen aufgrund der knappen Zeit, die für die Bearbeitung zur Verfügung stand, nicht möglich waren.

Frau Keilholz weist darauf hin, dass eine Stellungnahme der AG Suchtprävention zwischenzeitlich eingegangen ist.

Herr Prinz-Schubert macht deutlich, dass diese bereits mit der Verwaltung besprochen wurde und im Gesamtkonzept Berücksichtigung finden wird.

Frau Schulze fragt nach den Vorstellungen der Verwaltung zum zeitlichen Rahmen den weiteren Umgangs mit dem vorgelegten Konzept.

Frau Ukrow betont, dass der weitere Umgang mit dem Konzept in den zuständigen Gremien beraten werden muss.

Herr Prinz Schubert macht darauf aufmerksam, dass Fristen und Termine beraten und festgelegt werden müssen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Beirat für Suchtprävention/Suchtberatung
Vorlage: 04/SVV/0357

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Wernick-Otto bittet darum, den Beirat sinnvoll zusammen zu setzen.

Herr Prinz-Schubert plädiert dafür, dass je ein Vertreter der Beratungsstelle und der Suchtpräventionsstelle als Fachkräfte zusätzlich aufgenommen werden.

Frau Dr. Sigrid Müller ist nach kurzer Verständigung im Ausschuss bereit, **den 3. Satz des Antragstextes zu streichen**.
Der Begriff „Beirat“ wird durch den Begriff „Koordinierungsstelle“ ersetzt.
Der Besetzungsvorschlag der zu bildenden Koordinierungsstelle sollte im **Juni 2004** vorgelegt werden.

Nach einer kurzen Abstimmung verständigen sich die JHA-Mitglieder zu folgender Zusammensetzung der Koordinierungsstelle:

- 1 VertreterIn des Ausschusses für Soziales
- 1 VertreterIn des Jugendhilfeausschusses
- 1 VertreterIn des Gesundheitsamtes
- 1 VertreterIn des Jugendamtes
- 1 VertreterIn der AG Sucht
- 1 VertreterIn der AG Suchtprävention
- 1 VertreterIn der Suchtberatungsstelle
- 1 VertreterIn der Suchtpräventionsstelle

Nach einer kurzen Beratung wird der **letzte Satz des Antrages wie folgt geändert:**
Die Aufgaben der Koordinierungsstelle sind verwaltungsseitig abzusichern.

Frau Dr. Sigrid Müller erklärt sich bereit, als Vertreterin des JHA in der Koordinierungsstelle mitzuarbeiten.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle für Suchtprävention/-beratung unter Leitung der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz zu bilden.

Die im Suchtkonzept der Stadtverwaltung Potsdam 2004 dargestellten Maßnahmen und Ziele sind kontinuierlich fortzuschreiben und fachlich zu begleiten.

Dem fachlich zuständigen Ausschuss für Soziales und Wohnen ist ein entsprechender Besetzungsvorschlag der zu bildenden Koordinierungsstelle auf seiner Sitzung im Juni 2004 von der Verwaltung vorzulegen.

Dem Ausschuss für Soziales und Wohnen ist jährlich über den Stand der Umset-

zung der Handlungsmaximen im Bereich Suchtprävention/Suchtberatung Bericht zu erstatten.

Die Aufgaben der Koordinierungsstelle sind verwaltungsseitig abzusichern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 5 Vorschlagslisten zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Amtsgericht
Potsdam und dem Landgericht Potsdam
Vorlage: 04/SVV/0407**

Frau Keilholz bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Frau Kugler ergänzt diese und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit der Sitzung für eine kurze Information der Verwaltung.

Frau Keilholz stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Anschließend erfolgt die geheime Wahl anhand von Stimmzetteln.

Im Ergebnis der Wahl wurden 75 von 75 vorgeschlagenen Frauen und 34 von 35 vorgeschlagenen Männern gewählt. Herr Schettler (Ifd. Nr. 21) wird nicht gewählt.

**zu 6 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzan-
gebotes an eine bedarfsgerechte Versorgung für den Zeitraum August 2004
bis Ende des Haushaltsjahres 2005
Vorlage: 04/SVV/0365**

Frau Stooß bringt die Beschlussvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Sie gibt anhand von Folien einen Überblick über die Angebote in den einzelnen Sozialräumen.

Frau Stooß weist auf einen Fehler auf **Seite 3 der Begründung** hin. **Die Differenz der durchschnittlichen Versorgungsquoten insgesamt beträgt nicht - 3,99 % sondern -1,33 %.**

Der Unterausschuss Kita empfiehlt, **den Punkt 5 des Beschlusstextes zu streichen**, da dies der Träger selbst entschieden kann. Dies bedarf keines Beschlusses.

Herr Wernick-Otto fragt, ob des Kita gibt, die außerhalb des Bedarfsplanes betreuen.

Frau Stooß bejaht dies. Dies trifft auf zwei Einrichtungen zu, die auch nicht in der Versorgungsquote enthalten sind.

Herr Liebe fragt, wieviele Träger von Kitas es in Potsdam gibt und ob alle Träger zur Trägerkonferenz eingeladen wurden. Er fragt nach der möglichen Einbeziehung der Regionalarbeitskreise in die Diskussion zur Bedarfsplanung. Gibt es in Potsdamer Kitas Wartelisten.

Frau Stooß erklärt, dass es Wartelisten in Einrichtungen gibt, da Mütter ihre Kinder vor oder kurz nach der Geburt bereits in Kitas anmelden. Im Jugendamt gibt

es keine Wartelisten. Alle Kinder, für die das Jugendamt eine Leistungsverpflichtung hat, haben auch einen Kita-Platz.

Herr Liebe fragt, ob es prägnante Vorschläge von Trägern in Bezug auf die Fortschreibung des Planes gab.

Frau Schulze fragt, ob es bezüglich der Doppelnutzung von Räumen für Schule und Hort bereits Gespräche gegeben hat. Wenn ja, mit welchem Ergebnis. Sie fragt, ob ein Konzept zu Ganztagsangeboten im Primarbereich in Arbeit ist. Was geschieht mit den derzeitigen Nutzern des Klub 5, nach der Umnutzung für die Kinderbetreuung?

Frau Stooß erklärt, dass das Konzept zu Ganztagsangeboten im Primarbereich in Arbeit ist.

Sie macht deutlich, dass für die Hortbetreuung Elternbeiträge entrichtet werden müssen. Bei alternativen Projekten würden diese ggf. wegfallen. Es müssten lediglich Sachkostenbeiträge entrichtet werden. Außerdem gibt es hierdurch für die Eltern Entscheidungsmöglichkeiten.

Zur Umnutzung des Klub 5 wurden mit dem Träger Gespräche geführt. Hier soll Hort entlastet werden. Dies wird aber auch im Zusammenhang mit der Jugendhilfepflege diskutiert.

Eine Doppelnutzung von Schulräumen wird sich künftig entwickeln. Dies ist aufgrund des Raumprogramms der Schule äußerst schwierig. Insbesondere an der Schule 16. Hier soll im kommenden Schuljahr die Klassenstufe nicht wie geplant zweizügig, sondern dreizügig geführt werden.

Herr Liebe weist darauf hin, dass viele Eltern ihre Kinder dann statt in den Hort, aus Kostengründen in den Jugendklub schicken. Dies sollte im Unterausschuss Kita diskutiert werden.

Herr Schweers erklärt, dass derzeit ein Konzept erarbeitet wird, welches gesondert beraten werden soll.

Frau Parthum macht deutlich, dass sich die Regionalarbeitskreise auch mit dieser Problematik beschäftigen. Diese sollten unbedingt in die Diskussion einbezogen werden.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes an eine bedarfsgerechte Versorgung für den Zeitraum August 2004 bis zum Ende des Haushaltsjahres 2005.

1. Umstellung der Kita- Maßnahmeplanung von einem auf das Kita Jahr bezogenen Planungszeitraum auf den Zeitraum eines Haushaltsjahres.
2. Bereitstellung von insgesamt **9.349 Plätzen** (davon sind 402 Plätze außerhalb des ermittelten Platzbedarfs für Potsdamer Kinder mit Kindern aus anderen Gemeinden belegt) in Kindertagesstätten, Tagespflege und weiteren alternativen Betreuungsformen.
3. Neuaufnahmen von Vorschulkindern aus anderen Gemeinden sind im Planungszeitraum grundsätzlich im Einzelfall zu betrachten. Es erfolgt nur dann eine Finanzierung, wenn vor der Aufnahme des Kindes, durch die Prüfung des Jugendamtes festgestellt wurde, dass dieser Platz nicht von einem Potsdamer Kind nachgefragt ist und es für diesen Einzelfall keine andere Möglichkeit einer Aufnahme gibt.
4. Die Verteilung der Plätze auf 79 Kitas gemäß Anlage, auf Tagespflege

und auf weitere zu entwickelnde alternative Betreuungsformen ist Bestandteil des Beschlusses. Die Belegung in Kitas wird pro Altersgruppe und Jahresdurchschnitt festgeschrieben, wobei ein Ausgleich auf Trägerebene, wenn erforderlich auch auf Stadtebene, unter Einhaltung der bereitgestellten Plätze, ermöglicht wird.

5. Wiederaufnahme der Kita Flotowstr. 10 zur Deckung der Bedarfe in Trägerschaft der ASB (Anerkannte Schulen für berufliche Bildung gGmbH).
6. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zu Lasten der in der Anlage 2 Blatt 1 genannten Deckungsquelle.

+ Berichtigung auf Seite 3 der Begründung:

Die Differenz der durchschnittlichen Versorgungsquoten insgesamt beträgt nicht - 3,99 % sondern -1,33 %.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 7 Neubau einer Kindertagesstätte
Vorlage: 04/SVV/0282**

Herr Schweers macht deutlich, dass hier aus Sicht der Verwaltung aktuell kein Bedarf gesehen wird.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die von der Gemeinde Fahrland bis Mitte Juni 2003 mit einem freien Träger geführten Verhandlungen über den Neubau einer Kindertagesstätte mit 90 Plätzen im Baugebiet Eisbergstücke wieder aufzunehmen und positiv zuende zu führen. Ziel muss es sein, dass noch im Jahr 2004 die baurechtlichen Bedingungen für den Neubau geschaffen werden, bzw. mit dem Bau begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 6

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 8 Änderung der Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten der freien Jugendhilfe - KITA Richtlinie in Abänderung der Drucksache SVV 02/0374 vom 06.11.2002
Vorlage: 04/SVV/0366**

Frau Stooß bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Frau Drohla berichtet, dass der Unterausschuss Kita diese Beschlussvorlage abgelehnt hat. Auch Rücksprachen mit Kita-Leiterinnen haben ergeben, dass diese sich ebenfalls dagegen aussprechen. Der Zeitpunkt der Änderung der Richtlinie ist aus Sicht der Kitas unverantwortlich. Sie verliest einen Brief von Frau Basekow dazu.

Herr Wernick-Otto stellt fest, dass bei einer größeren Anzahl Kinder weniger

Praktikanten eingesetzt werden, als bei einer kleineren Kinderzahl. Gleiches gilt für die Zuschüsse.

Des Weiteren fragt er, ob die Einrichtungen einen Nachweis erbringen müssen, wenn Eltern die Wäsche der Einrichtung waschen.

Frau Stooß erklärt, dass die Zuschüsse ein Anreiz für die Einrichtungen sein sollen, wirtschaftlich zu arbeiten.

Durch den Einsatz von Praktikanten sollen insbesondere die kleineren Einrichtungen unterstützt werden.

Frau Elona Müller weist darauf hin, dass die Träger bei einer Pauschalfinanzierung keine Spitzabrechnung machen müssen. Durch die Erhöhung der Elternbeiträge erhalten die Träger so hohe Zuschüsse, dass eine Rückrechnung erforderlich ist. Durch die Änderung der Finanzierungsrichtlinie ist die Rückrechnung nicht mehr erforderlich.

Frau Keilholz fragt, ob die Summe so im Haushaltsplan enthalten ist.

Frau Elona Müller bestätigt dies. Es erfolgte eine Hochrechnung aufgrund von Erfahrungswerten.

Herr Schweers ergänzt, dass die Stadt es sich nicht mehr leisten kann, den Trägern gegenüber in Vorleistung zu gehen. In der jetzigen Haushaltssituation besteht keine andere Möglichkeit.

Derzeit wird durch das Rechnungsprüfungsamt eine gründliche Prüfung der Verwendungsnachweise durchgeführt.

Herr Lehmann fragt, wann mit Ergebnissen der Tiefenprüfung zu rechnen ist.

Herr Schweers erklärt, dass die Verwaltung hofft, dass die Ergebnisse im Juni vorliegen. Er macht deutlich, dass alle, bis auf zwei Einrichtungen, die Standardfinanzierung in Anspruch nehmen. Wenn ein Träger nachweist, dass er mit der Standardfinanzierung nicht auskommt, erfolgt Individualbezuschung.

Frau Lehmann betont, dass die Träger aufgrund des enormen zusätzlichen Aufwandes die Anträge auf Individualabrechnung zurückgezogen haben. Sie lehnt die Vorlage ab, da dies den Einrichtungen mitten im Jahr nicht zuzumuten ist.

Frau Elona Müller macht deutlich, dass die Träger durchaus in der Lage sind zu planen, da die drei Finanzierungssäulen bekannt sind. Bei einer Veränderung der Richtlinie zum 01. Januar müssten die Träger enorme Rückzahlungen leisten.

Frau Keilholz fragt, ob die Abrechnungen der Träger geprüft wurden. Wenn ja, mit welchem Ergebnis. Sie betont, dass das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes vor Einbringung der Drucksache hätte vorliegen müssen.

Frau Dr. Sigrid Müller stellt folgenden **Geschäftsordnungsantrag**:

Die Drucksache 04/SVV/0366 wird so lange zurückgestellt, bis das Ergebnis der Prüfung der Verwendungsnachweise vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 2

Dem GO-Antrag wird zugestimmt.

Frau Stooß weist darauf hin, dass noch nicht alle Träger die erforderlichen Unterlagen eingereicht haben.

**zu 9 Konzeption Stadtjugendring Potsdam e.V.
Vorlage: 04/SVV/0408**

Herr Schweers bringt die Beschlussvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Harder macht Ausführungen zur Entwicklung und den Grundlagen. Er stellt die drei Geschäftsbereiche des Stadtjugendringes vor und weist auf die Knackpunkte der Arbeit hin. Im Anschluss an die Vorstellung des Stadtjugendringes erhalten alle JHA-Mitglieder das Vorgetragene als Tischvorlage.

Frau Dr. Sigrid Müller fragt, wie der Stadtjugendring mit der Streichung bei Personalstellen durch die Verwaltung umgehen kann.

Herr Harder betont, dass dann bestimmte Leistungen nicht mehr erbracht werden können.

Herr Harder und Frau Parthum nehmen aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Dem vom Stadtjugendring e.V. vorgelegten Konzept „Stadtjugendring Potsdam – Netzwerk für Information und Kooperation“ wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.
2. Eine Entscheidung zur Personalkostenförderung über den bisherigen Rahmen hinaus ist im Zusammenhang mit der bevorstehenden Überprüfung aller Leistungsangebote der Jugend(sozial)-arbeit und der Festlegung von neuen mittelfristigen Arbeitsschwerpunkten für die Jugendförderung in Potsdam zu treffen.
3. Die Förderung für das Haushaltsjahr 2004 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 10 Schulsozialarbeiter für die Sportschule Potsdam
Vorlage: 04/SVV/0312**

Die Drucksache wurde durch den Antragsteller zurückgezogen.

zu 11 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 17. Juni 2004 16:30 Uhr

**Monika Keilholz
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Protokoll**